

Analyse:

Detlef Wetzel

Bundestagswahl: Eine Beschäftigten-Befragung

Die IG Metall hat im Rahmen ihrer Kampagne »Gemeinsam für ein gutes Leben« die größte Beschäftigten-Befragung der Republik durchgeführt. Mehr als 450.000 haben sich beteiligt. Das Ergebnis zeigt, die Politik habe sich weit entfernt von den Erwartungen der Menschen.

Detlef Wetzel

(* 1952) ist seit 2007 2. Vorsitzender der IG Metall.

Detlef.Wetzel@igmetall.de



Im April hat die IG Metall die Kampagne »Gemeinsam für ein Gutes Leben« gestartet. Ziel ist, vor dem Hintergrund des gescheiterten Finanzmarktkapitalismus und der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre ein Politikmodell zu entwickeln, das auf den Werten Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Respekt, Würde und Anerkennung basiert. Anknüpfend an die Philosophie Martha Nussbaums gehört der Mensch in den Mittelpunkt des politischen Handelns. Das ist die so einfache wie anspruchsvolle Philosophie von »Gemeinsam für ein Gutes Leben«. Die IG Metall erstarbt nicht in der Krise, sondern handelt, damit die Folgen der Krise nicht auf die Beschäftigten abgeladen werden.

Ein Schwerpunkt der Kampagne lag in der Befragung vom April bis Juni 2009. Dort haben Vertrauensleute und Betriebsräte, auch auf Straßen und Plätzen, bundesweit um »Deine Stimme für ein gutes Leben« geworben. Thematisch ging es um eine allgemeine Einschätzung der Lebenslage sowie um Anforderungen an die Wirtschaft und den Betrieb sowie an die Politik. Mehr als 450.000 ausgefüllte Fragebögen

liegen vor. Damit ist dies die größte Befragung, die zu einem solchen Thema je stattgefunden hat.

Die Menschen haben klare Vorstellungen von einem guten Leben und sie sagen ihre Meinung auch – wenn sie gefragt werden. Insofern bestätigt diese Befragung, dass es keine Politikverdrossenheit gibt. Die Bereitschaft, sich aktiv an theoretischen Diskursen und praktischer Politikgestaltung zu beteiligen, ist groß. Besonders positiv fällt auf, dass knapp 30 % der Befragten unter 35 Jahre alt sind – auch die Junge Generation ist bereit, sich einzubringen.

Aber die Distanz gegenüber Parlamenten, Regierungen und Parteien wächst und das Vertrauen in die politischen Eliten sinkt. Dies bestätigen die Antworten auf die offenen Fragen. Typische Sätze sind: »Denkt an das, was ein Mensch zum Leben braucht und nicht an das, was die Wirtschaft möchte!« oder »Lasst die junge Generation nicht im Stich!« und auch »Endlich Politik für alle Menschen dieses Landes [...] machen, für die sie schließlich Verantwortung tragen, und nicht nur Lobbyisten und Wirtschaftsverbänden den Vorrang geben. Auch wir sind wichtig. Schließlich bilden wir die große Zahl der Steuerzahler!« In vielen Fragebögen heißt es: »Macht Politik für die Mehrheit der Menschen!« Dieser O-Ton ist deshalb als Konklusion der Befragung in die öffentliche Ergebniskommunikation integriert.

Der große Rücklauf und die hohen Zustimmungquoten belegen, dass die gesetzten Themen nah an den Problemen

und Interessen der Menschen sind. Zwei Themen sind besonders hervorzuheben. Höchste Bedeutung hat Arbeitsplatzsicherheit: 89 % fordern einen sicheren Arbeitsplatz und keine Entlassungen in der Krise – gewiss kein überraschendes Ergebnis. Menschen stellen aber darüber hinaus in hohem Maß qualitative Anforderungen an ihre Arbeit: Sie wollen »Gute Arbeit«: 84 % fordern darüber hinaus Arbeit, die nicht krank macht und 83 %, gut vom Einkommen leben zu können. Knapp 76 % halten für sehr wichtig, dass die Leistungen der Arbeitnehmer anerkannt werden. Für 67 % ist ebenfalls »sehr wichtig«, dass ihre Arbeit ihnen Spaß macht. 61 % fordern, dass die Ideen und Kritik der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz besser eingebracht werden können. Auch das Votum gegen prekäre Arbeit ist eindeutig: 77 % fordern bei der Leiharbeit faire Gestaltung und »Gleiche Arbeit – gleiches Geld« und 78 % einen Mindestlohn. Damit ist der Gesetzgeber gefordert, das Thema »Arbeit – sicher und fair« mit höchster Priorität zu behandeln.

Die Politik hat einiges getan wie die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, den Bürgerschaftsrahmen für Unternehmensfinanzierungen und die Umweltprämie, und damit konkrete Vorschläge der IG Metall aufgegriffen. Diese Maßnahmen reichen absehbar nicht aus. Deshalb fordert die IG Metall die Einrichtung eines öffentlichen Beteiligungsfonds, der mit 100 Mrd. Euro ausgestattet wird, die über eine Zukunftsanleihe auf große Vermögen finanziert werden. Damit ließe sich die industrielle Wertschöpfung in Deutschland und damit auch Arbeitsplätze nachhaltig erhalten und fördern. 63,5 % der Befragten stützen die Idee, dass Wohlhabende für die Überwindung der Krise mehr zahlen.

Ähnlich hohe Bedeutung hat »ein sorgenfreies Leben im Alter«: 83 % fordern, dass sie mit ihrer Rente im Alter gut auskommen, 81 % fordern, dass die Rente mit 67 zurück genommen wird, und 73 % schließen sich der Forderung nach einer

Rentenversicherung an, in die auch Selbstständige und Beamte einbezogen werden. Hinter der breiten Ablehnung der Rente mit 67 steckt nicht das »Recht auf Faulheit« – sondern die Sorge davor, wie die Existenz gesichert werden kann, wenn man nicht bis 67 durchhält. Neben der Ausweitung der Rentenversicherung hat die IG Metall das »Sofortpaket Beschäftigungsbrücke« vorgeschlagen. Ältere sollen zugunsten von Jüngeren früher in Rente gehen können. Die Altersteilzeit hat sich bewährt und vielen jungen Menschen den Einstieg in das Berufsleben ermöglicht, sie muss weiter gefördert werden.

Die Menschen vertrauen darauf, dass die IG Metall ihnen eine unüberhörbare Stimme verleiht – nicht nur, wenn es um Tarifpolitik und die Arbeit in den Betrieben geht, sondern auch in den politischen Arenen. Wir haben den Auftrag der Befragten angenommen, ihre Anforderungen an politisches Handeln zu thematisieren. Die Befragungsergebnisse und die daraus resultierenden Forderungen wurden den Parteien und den Bundestagsabgeordneten übermittelt. In vielen regionalen Aktionen und in der zentralen Veranstaltung in der Commerzbank-Arena in Frankfurt wurden die Themen und Anforderungen präsentiert und diskutiert. Die zentrale Botschaft ist: Die Interessen der Menschen gehören in den Mittelpunkt des politischen Handelns. Daraus ergibt sich das »Pflichtenheft« für den am 27. September zu wählenden Bundestag und die künftige Bundesregierung. In dieses »Pflichtenheft« hat die IG Metall als Gewerkschaft, die jeden Tag mit den realen Verhältnissen konfrontiert ist und die das Votum ihrer Mitglieder und Beschäftigten hat, Forderungen und Aufgaben formuliert, die an den Ansprüchen an ein Gutes Leben orientiert sind. Die Politiker sind gut beraten, diese aufzugreifen.

(Alle Ergebnisse der Befragung sind auf der Homepage www.gutes-leben.de nachzulesen.)